I

(Entschlüsseungen, Empfehlungen und Stellungnahmen)

STELLUNGNAHMEN

AUSSCHUSS DER REGIONEN

129. ADR-PLenARTAGUNG, 16.5.2018-17.5.2018

Entschlüsseung des Europäischen Ausschusses der Regionen zu den Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU

(2018/C 361/01)

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)

- gestützt auf den Gemeinsamen Bericht der Verhandlungsführer der Europäischen Union (EU) und der Regierung des Vereinigten Königreichs vom 8. Dezember 2017 über die Fortschritte in der ersten Phase der Verhandlungen nach Artikel 50 EUV über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und den von der Europäischen Kommission am 28. Februar 2018 veröffentlichten Entwurf eines Austrittsabkommens;
 - gestützt auf die Leitlinien des Europäischen Rates (Artikel 50) vom 23. März 2018 zum Rahmen für die künftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich;
 - gestützt auf die Entschlüsseung des Europäischen Parlaments vom 14. März 2018 zu dem Rahmen für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich;
1. begrüßt, dass es mit der Billigung der Bedingungen für den Übergangszeitraum keine Diskriminierung zwischen EU-Bürgern bzw. britischen Bürgern, die bis zum Ende des Übergangszeitraums in das Vereinigte Königreich bzw. in die EU-27 gekommen sind, geben sollte; begrüßt, dass die aus dem Austrittsabkommen erwachsenden Rechte von britischen Bürgern, die in der EU bleiben, und von EU-Bürgern, die im Vereinigten Königreich bleiben, auf Lebenszeit garantiert werden, und fordert Garantien dafür, dass künftige Änderungen der Politik in den EU-Mitgliedstaaten bzw. im Vereinigten Königreich diese Rechte nicht gefährden. Dies schließt das Recht auf Gesundheitsversorgung und die gegenseitige Anerkennung von Sozialversicherungsansprüchen ein;
 2. begrüßt die Fortschritte bei den Fragen, die im künftigen Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erörtert werden sollen, und fordert die Verhandlungspartner auf, so rasch wie möglich die zentralen Elemente in Bezug auf die Grundlage für die Zusammenarbeit herauszuarbeiten (z. B. Struktur, Governance, Anwendungsbereich und Verfahren für die Streitbeilegung, Durchsetzung und Beteiligung), um den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Orientierung und Planungssicherheit zu geben;
 3. hebt die Bedeutung einer regulatorischen Angleichung zwischen Irland und Nordirland und somit der EU, der sog. „Backstop“-Lösung, hervor. Er weist darauf hin, dass eine optimale, praxistaugliche und rechtlich praktikable Lösung für die Grenze zwischen Nordirland und Irland gefunden werden muss, und hofft, dass bis zum Gipfeltreffen des Europäischen Rates im Juni weitere Fortschritte erzielt werden;
 4. stellt fest, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs unweigerlich Folgen haben wird und dass je nach der Vereinbarung, zu der die EU und das Vereinigte Königreich gelangen, das neue Verhältnis den Austausch von Gütern und Dienstleistungen ebenso wie den freien Personen- und Kapitalverkehr komplizierter machen könnte als in der Zollunion und dem Binnenmarkt, denen das Vereinigte Königreich gegenwärtig angehört. Er ruft daher zu einer pragmatischen Haltung auf, um negative Konsequenzen für beide Seiten zu vermeiden und gleichzeitig die Integrität der Zollunion und des Binnenmarkts zu wahren;

5. hält jedoch fest, dass es zwar eine Reihe potenzieller Optionen für das künftige Verhältnis des Vereinigten Königreichs zur EU gibt, dass aber die Frage, wie das künftige Verhältnis auf der Ebene der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aussehen soll, zu wenig im Fokus steht. Er unterstreicht, dass viele wichtige Anliegen ein Tätigwerden auf lokaler und regionaler Ebene erfordern und daher eine fortgesetzte Zusammenarbeit mit einem Austausch bewährter Praktiken auf der Ebene der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nötig ist;
6. verweist darauf, dass der AdR seit dem Referendum eine Plattform für einen fortgesetzten Dialog mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften des Vereinigten Königreichs anbietet und Konsultationen und eingehende Bewertungen der Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs für die nachgeordneten Ebenen durchführt; diese deuten darauf hin, dass die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU sehr wahrscheinlich asymmetrisch sein und nicht nur verschiedene Wirtschaftszweige in ungleichem Maße betreffen werden, sondern auch *die Regionen* und Länder, denn manche Regionen und Mitgliedstaaten werden aufgrund der Art und des Umfangs ihrer Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich stärker davon betroffen sein;
7. macht darauf aufmerksam, dass die Analysen des AdR zeigen, dass die meisten Regionen bisher nicht in der Lage waren, die möglichen Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs richtig abzuschätzen, insbesondere angesichts des ungewissen Ausgangs der Verhandlungen und der Unklarheit über das künftige Verhältnis; hält fest, dass das Fehlen von Daten über die Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs unweigerlich den Handlungsspielraum für wirksame Vorbereitungs- und Abfederungsmaßnahmen einengt;
8. meint angesichts der Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und dessen konkreten Auswirkungen, dass sich alle Regierungs- und Verwaltungsebenen sowohl im Vereinigten Königreich als auch in der EU-27 weiterhin *auf jeden möglichen Ausgang* vorbereiten müssen, wie der Europäische Rat hervorgehoben hat. Besonders wichtig ist es, dass sich die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften auf alle Szenarien einstellen; betont, dass auf allen Entscheidungsstufen ein hohes Maß an Transparenz als unabdingbare Voraussetzung dafür gewährleistet sein muss, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sich auf jeden möglichen Ausgang vorbereiten können;
9. ruft dazu auf, mehr dafür zu tun, um die Öffentlichkeit über die Änderungen in den künftigen Beziehungen zu informieren. Insbesondere weist er darauf hin, dass Sensibilisierung und Informationsaustausch den Unternehmen, insbesondere den KMU, helfen werden, sich besser auf strukturelle und wirtschaftliche Anpassungen vorzubereiten, und ruft die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, geeignete bedarfsgerechte Strategien auszuarbeiten, um die Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs, soweit erforderlich und gerechtfertigt, abzufedern;
10. appelliert nachdrücklich an die EU-Mitgliedstaaten sowie die Organe und Einrichtungen der EU, dafür zu sorgen, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim Umgang mit diesen Herausforderungen nicht alleingelassen werden und dass diese Herausforderungen so weit wie möglich durch ein positives künftiges Verhältnis aufgefangen werden; verweist in diesem Zusammenhang mit tiefer Besorgnis auf die jüngsten Vorschläge der Europäischen Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen und bekräftigt seine Überzeugung, dass eine starke Kohäsionspolitik, einschließlich verstärkter Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit wie Interreg, ausschlaggebend dafür ist, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU die nachteiligen Konsequenzen des Austritts des Vereinigten Königreichs bewältigen können. Er betont darüber hinaus, dass auch andere Politikbereiche der EU, wie die Gemeinsame Agrarpolitik und die Gemeinsame Fischereipolitik, zur Abfederung dieser negativen Folgen, die bei der Entscheidung über ihre künftige Finanzierung zu berücksichtigen sind, herangezogen werden sollten; fordert die Europäische Kommission auf, bis zum 29. März 2019 zu prüfen, ob ein Stabilisierungsfonds für die Regionen eingerichtet werden sollte, die am stärksten vom Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU betroffen sind;
11. stellt fest, dass ggf. auch eine ausreichend flexible Handhabung der Beihilfevorschriften nötig ist, um den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften die Bewältigung bestimmter kritischer Situationen zu ermöglichen;
12. verweist darauf, dass das Vereinigte Königreich als Drittland zwar nicht mehr an der Beschlussfassung der EU mitwirken könnte, dass indes der beste Weg zur Abfederung der Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU ein ehrgeiziges Abkommen wäre, durch das eine echte Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich begründet würde, die sich u. a., aber nicht ausschließlich auf Handels- und Wirtschaftsbeziehungen erstrecken würde. Auch wenn ein solches Abkommen erst nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU abgeschlossen werden kann, sollten Anstrengungen unternommen werden, es voranzubringen; ferner wird unterstrichen, dass spezifische Abkommen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik vorgesehen werden müssen, mit denen sich eine Verbindung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Union aufrechterhalten lässt, einschließlich einer Zusammenarbeit im nachrichtendienstlichen Bereich;
13. fordert die Europäische Union auf, den Verbindungen zwischen den Regionen in der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich im Hinblick auf den Verkehr von Personen und Waren Priorität einzuräumen; betont insbesondere die entscheidende Rolle von Häfen, Flughäfen sowie Straßen- und Eisenbahnnetzen bei der Gewährleistung der Anbindung und spricht sich dafür aus, Politik und Investitionen wieder stärker auf diese Aspekte auszurichten;

14. verweist darauf, dass das Vereinigte Königreich europäische Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben auch künftig schützen sowie die EU-Vorschriften zum Tier-, Pflanzen- und Umweltschutz anerkennen muss, damit nicht erneut Exportkontrollen nötig werden, die Lieferungen in dieses Land behindern würden;

15. begrüßt die vorläufige Einigung über einen Übergangszeitraum gemäß Teil 4 des Entwurfs eines Austrittsabkommens, denn in dieser Zeit gilt das Unionsrecht für das Vereinigte Königreich und im Vereinigten Königreich, was mehr Rechtssicherheit und Zeit für die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU-27 und dem Vereinigten Königreich schafft;

16. verweist darauf, dass es im Interesse der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union der 27 liegt, dass es dem Vereinigten Königreich als Drittstaat bei entsprechender finanzieller Beteiligung gestattet wird, an bestimmten EU-Programmen teilzunehmen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur, Forschung, Innovation, ebenso wie an den einschlägigen Agenturen sowie in Bereichen, die in engem Zusammenhang mit Sicherheit, Grenzmanagement und Migrationssteuerung stehen;

17. begrüßt die vier Grundprinzipien des Entwurfs eines Austrittsabkommens, d. h. die Gewährleistung des Fortbestands der bestehenden Bürgerrechte, die Einhaltung der von der EU-28 eingegangenen finanziellen Verpflichtungen, die Aufrechterhaltung der Nord-Süd-Zusammenarbeit auf der Insel Irland und die Vermeidung einer harten Grenze zwischen Nordirland und Irland;

18. erachtet es als grundlegend, dass ein künftiges Partnerschaftsabkommen Bestimmungen über den Verkehr natürlicher Personen auf der Grundlage der uneingeschränkten Gegenseitigkeit und der Nichtdiskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten über einen Übergangszeitraum hinaus enthält. Um die künftige Mobilität sicherzustellen, sollte das Abkommen die gegenseitige Anerkennung von beruflichen und akademischen Abschlüssen und Qualifikationen gewährleisten;

19. hält es für besonders wichtig sicherzustellen, dass auf der Insel Irland keine harte Grenze errichtet und das Karfreitagsabkommen nicht angetastet wird. Er appelliert daher an das Vereinigte Königreich und die Europäische Union, weiterhin nach Lösungen zu suchen, die eine Fortsetzung des Verkehrs von Waren, Personen und Dienstleistungen zwischen ihren Hoheitsgebieten erlauben, ohne die Integrität der europäischen Zollunion sowie des Binnenmarktes oder die Rechte und Pflichten Irlands gemäß dem EU-Recht zu beeinträchtigen oder die Freizügigkeit von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit einzuschränken. Er unterstreicht die Notwendigkeit der Beibehaltung der EU-Programme PEACE und Interreg mit dem Vereinigten Königreich als Partner;

20. bringt erneut seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Region Andalusien und insbesondere die Tausende von Arbeitnehmern der sieben Gemeinden des Bezirks Campo de Gibraltar, die täglich zur Arbeit nach Gibraltar pendeln, sowie die Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten keinen Nachteil aus dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union haben, denn in diesem Gebiet besteht ein enges Geflecht gegenseitiger sozioökonomischer Beziehungen, insbesondere in der Grenzstadt *La Línea de la Concepción*;

21. weist darauf hin, dass die Gebiete in äußerster Randlage der Europäischen Union strukturelle Schwierigkeiten aufweisen, die in Artikel 349 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU anerkannt sind. Die enorme Abhängigkeit einiger dieser Gebiete von der britischen Wirtschaft macht es erforderlich, dass die EU spezifische Schutzmaßnahmen ergreift, um mögliche negative Auswirkungen auf ihre anfälligen Volkswirtschaften auszugleichen;

22. ruft die Vertragsparteien auf, ausdrücklich vorzusehen, dass sich die im Entwurf eines Austrittsabkommens genannten gemeinsamen Organe mit der territorialen Dimension beschäftigen, und unterstreicht, dass er selbst nach einer geeigneten Struktur — wie einem Gemeinsamen Ausschuss in Anlehnung an andere Gremien des AdR mit Drittstaaten — für seine eigene fortgesetzte Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften des Vereinigten Königreichs während des Übergangszeitraums und darüber hinaus suchen wird;

23. spricht sich dafür aus, nach 2020 durch geeignete Vorkehrungen sicherzustellen, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften des Vereinigten Königreichs einen leichten Zugang zur Kooperation mit ihren Partnern in der EU mittels Teilnahme an EU-Kooperationsprogrammen, ähnlich wie dies bereits von Ländern wie Norwegen oder Island praktiziert wird, sowie im Wege makroregionaler Strategien, von Interreg und im Rahmen von EVTZ erhalten;

24. verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass zwar der AdR nicht offiziell an den Verhandlungen mitwirkt, dass aber einige seiner Mitglieder und die Gebietskörperschaften, die sie vertreten, je nach ihrer innerstaatlichen Verfassungsordnung die Möglichkeit haben werden, einen formellen Standpunkt dazu einzunehmen; ersucht folglich darum, die nächsten Verhandlungsrunden über das künftige Partnerschaftsabkommen in einer transparenten und inklusiven Weise zu führen, damit die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ihren Standpunkt darlegen und angemessen und rechtzeitig reagieren können, um eventuellen Auswirkungen vor allem wirtschaftlicher Natur zuvorzukommen und so die eigenen Gebiete zu schützen. Er bekräftigt seine Überzeugung, dass der AdR die geeignete Einrichtung dafür ist, institutionelle Mechanismen zur Förderung der regelmäßigen Konsultation und Interaktion mit der lokalen Ebene und dezentralen Parlamenten und Versammlungen des Vereinigten Königreichs nach dem Austritt zu konzipieren und umzusetzen, und gibt grünes Licht für den Start interner Vorbereitungen, um einen Bruch in den Beziehungen infolge des Austritts zu vermeiden;

25. betont, dass der Prozess der Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und die künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich deutlich macht, welche Kosten und welche Risiken mit einem Verzicht auf europäische Integration einhergehen und welchen zusätzlichen Nutzen die Europäische Union als Schicksals- und Wertegemeinschaft auf der Grundlage konkreter Solidarität und greifbarer Projekte für das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger, angefangen bei der Freizügigkeit, hat; ist im Übrigen der Auffassung, dass die Rahmenbedingungen der Verhandlungen die Chance bieten, der europäischen Integration als einem offenen Prozess neue Impulse zu verleihen, der darauf ausgerichtet ist, eine gerechtere und inklusivere Europäische Union aufzubauen, die auf gemeinsamen Werten und der Förderung des Regierens auf mehreren Ebenen, das heißt auf EU-Ebene sowie auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, beruht;

26. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Verhandlungsführer der Europäischen Kommission, den Brexit-Koordinatoren des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates, der Regierung des Vereinigten Königreichs, den Versammlungen und Regierungen der dezentralen Verwaltungen und nachgeordneten Gebietskörperschaften des Vereinigten Königreichs sowie dem bulgarischen Ratsvorsitz der EU zu übermitteln.

Brüssel, den 17. Mai 2018

*Der Präsident
des Europäischen Ausschusses der Regionen*
Karl-Heinz LAMBERTZ